

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,20 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neuzeit“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark. Pr. Monat. Einzeln. in der Welt-Verlags-Druckerei für 1893 unter Nr. 4709.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltigen Zeilen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: J. M. M. 4156.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Der tollgewordene Militarismus.

In Preußen-Deutschland ist der Militarismus zuerst zur Herrschaft gelangt, und durch den Sieg Preußen-Deutschlands in dem Kriege von 1870/71 wurde er auch dem übrigen Europa aufgedrängt. Das war ein großes Unglück für die Völker, allein sein Wind ist so schlecht, daß er nicht auch Gutes zubläst, und dieses Unglück verspricht in ein Glück umzuschlagen, grade weil es ein so großes Unglück ist. Durch den Sieg des Militarismus hat dieser aufgehört, das Monopol Preußen-Deutschlands zu sein. Wir sind mit den übrigen Staaten in einen Konkurrenzkampf gekommen, der uns und die übrigen Völker zu so kolossalen Anstrengungen und Opfern zwingt, daß uns wie den übrigen Völkern der Militarismus als etwas Gemeinschädliches, als etwas Verderbliches, ja Tödtliches erscheint, von dem wir uns befreien müssen, wenn anders wir fortleben wollen.

Je mehr diese Ueberzeugung um sich greift, desto verrücktere Sprünge macht der Militarismus, bis er jetzt in Preußen-Deutschland, seiner Heimath, wo er zuerst sein Szepter schwang, auf den Gipfel des Wahnsinns gelangt ist, und sogar danach trachtet, dem Militarismus die Schule in die Hände zu spielen.

Dem tollgewordenen Militarismus konnten wir vorige Woche — in der Freitagnummer — das Zeugniß eines französischen Generalstabs-Offiziers entgegen halten.

Heute sind wir in der Lage, zwei Zeitartikel der „Oesterreichisch-ungarischen Heeres-Zeitung“, des Hauptorgans der österreichischen Militärs, ins Feld führen zu können.

In seiner Nummer vom 10. Dezember 1892 schrieb das genannte Blatt:

Auf der Höhe.

Die deutsche Militärverwaltung beherrscht fast ausschließlich die militärische und politische Lage. Es ist aber auch keine Kleinigkeit, das künftighin ein ganzes Prozent der gesammten Bevölkerung (Weiber, Frauen und Kinder) oder zirkel der fünfzehnte Theil (!) der erwachsenen männlichen Generation Deutschlands der produzierenden Arbeit entzogen wird, dafür aber zirkel 65 Millionen Mark jährlich mehr als bisher von der übrigen Bevölkerung aufgebracht werden müssen, wobei jene Ausgaben, die infolge der Beschaffung neuer Unterkünste, Übungsplätze, Ausrüstung, Unteroffiziersprämien u. dergleichen noch nicht gerechnet sind. Es ist daher begreiflich, daß man in Deutschland über diese neue schwere Belastung nicht weniger als erbaut ist und besonders in Preußen die Lage umso ungemüthlicher wird, als dieser Staat, der einst ob seiner blühenden Finanzen so viel beneidet und so viel gerühmt wurde, für dieses Jahr mit einem Defizit von 60 Millionen abschließt und für das nächste Jahr ein solches von 40 Millionen anweist.

Angefaßt dieser recht bedenklichen Verhältnisse, die übrigens nur eine natürliche Folge jener Politik sind, welche

— indem sie im Jahre 1888 die Gewalt über das Recht stellte, damals und im Jahre 1870 blutige Kriege provozierte — jegliches Rechtsgefühl, alles Vertrauen vernichtete und an Stelle verbrieften Rechtes, jenes der Faust setzte, ist die tiefe Erregung in Deutschland natürlich.

Aber Ein Gutes hat diese enorme Steigerung der Militärlasten doch. Es geht nämlich nicht mehr weiter; die Höhe ist erreicht.

In Frankreich gesteht man, wenn auch verbissen, doch rückhaltlos ein, das Land sei an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt und müsse sich darauf beschränken, durch Züchtigkeit der Streitkräfte zu ersetzen, was allenfalls an deren Zahl noch fehlt. Und Rußland scheint auch zu einem langsameren Tempo genöthigt zu sein, so daß also Deutschland allein der Höhe zustrebt. Es wird dieselbe zweifellos erreichen; ob auch dauernd behaupten, wird die Folge lehren. Es giebt in Deutschland viele, welche meinen, daß angesichts der Thatsache, daß jetzt schon im Offizierskorps und bei den Unteroffizieren zahlreiche Lücken bestehen und der Ersatz nicht leicht sei, dies künftig noch schwieriger sein werde und nur auf Kosten der Güte geschehen könne. Zwar werde eine Reihe von Jahren das alte System noch nachwirken, aber es sei unbestreitbar, daß es nicht mehr weiter gehe.

Nur eine Gefahr besteht! Die furchtbaren Rüstungen geschehen alle nur, um den Frieden zu sichern. Die Möglichkeit aber ist nicht ausgeschlossen (und französische Blätter weisen bereits darauf hin), daß nach dem Präjudiz der Ufedom'schen und der Emser Depesche plötzlich ein Krieg provoziert wird, sei es auch nur, um einer unerträglich Lage ein Ende zu machen. — Eines aber ist gewiß; die Culmination ist erreicht; das Abwärts beginnt und auch das ist ein Gewinn.

Dieser Artikel postete dem Militarismus in Preußen-Deutschland natürlich sehr schlecht in den Kram. Die „Berliner Militär-Zeitung“ griff die „Oesterreichisch-ungarische Heeres-Zeitung“ an, die in ihrer Nummer vom 10. Januar d. J. in einem, den Inhalt des Angriffs erkennen lassenden zweiten Artikel wie folgt darauf antwortete:

Zur Aufklärung.

Die hochgeschätzte („Berliner“) „Militär-Zeitung“ erwies uns die Ehre, den Artikel in Nr. 233 „Auf der Höhe“ vollinhaltlich abzubringen. Sie nannte denselben „einen beachtenswerthen Beitrag zu der Stimmung, die von gewissen Kreisen in Oesterreich-Ungarn gegen den Dreibund und gegen die Waffenbrüderschaft mit dem Deutschen Reiche geschürt wird.“ — Ferner wurde es als „ganz unverständlich“ bezeichnet, wie eine „Oester.-ungar. Heeres-Zeitung“ das Streben nach Verringerung der Heeresstärken vertreten kann, während doch selbstverständlich jedem Militär eine sachgemäße Weiterentwicklung der Heereswesen in den Staaten des Dreibundes am Herzen liegen muß. Der zweite Absatz (eine historische Reminiscenz) wurde einer Erwidrerung für unwürdig gehalten.

Vor allem sei bemerkt, daß wir auf die ganze Angelegenheit nicht wieder zurück kommen würden, wenn dies nicht seitens der sehr verehrten Kollegin geschehen wäre. Wir würden vollkommen den Standpunkt, den die geschätzte „Militär-Zeitung“ einnimmt, und achten deren Ueberzeugung; nehmen das Gleiche aber auch für uns in Anspruch. Dann sei auf

das Nachdrücklichste und Geierlichste erklärt, daß uns nichts ferner gelegen ist, als gegen die Waffenbrüderschaft mit dem Deutschen Reiche zu schüren. Wir sind für eine solche mit aller Wärme und Entschiedenheit zu einer Zeit eingetreten, als das Fühlen und das Verständnis für eine solche beiderseits noch recht embryonal war und haben seither und immer (die Nummern unseres Blattes beweisen es) dieser ehrlichen Ueberzeugung bei jeder passenden Gelegenheit selbstbewußten, kräftigen Ausdruck gegeben.

Das hindert jedoch nicht, daß wir in bezug auf die Art der Weiterentwicklung der Heereswesen in den Dreibundstaaten anderer Meinung sind, als jene, die jetzt gerade beliebt wird. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch uns diese Entwicklung am Herzen liegt; doch vermögen wir das Heil nicht in der Zunahme der Heeresstärken, sondern nur in der Stärke des Heeres; nicht im Wachsen an Ziffern, sondern in jenem an Werthen zu erkennen. In dieser Auffassung befinden wir uns, wie es auch die Meldungen über den Neujaars-Empfang der Generale in Berlin beweisen, in voller Uebereinstimmung mit sehr Vielen und sehr Züchtigen im deutschen Heere und bis vor nicht allzu langer Zeit auch mit der militärischen Fachpresse Deutschlands, die noch vor wenigen Monaten die zweijährige Dienstzeit ebenso heftig bekämpfte, wie sie dieselbe jetzt vertheidigt.

Es ist ein uralter wirtschaftlicher Grundsatz, daß bei gleichen Verhältnissen die Vermehrung der Quantität die Qualität vermindert und darauf aufmerksam zu machen scheint uns auch eine Pflicht. Man liebt es ferner die Kosten für das Heerwesen als die „Misserwartungsprämie“ für den vom Heere der Gesamtheit gewährten Schutz zu erklären. Aber die Prämie muß mit der Produktion im richtigen Verhältnisse stehen. Wird dies verkehrt und die Prämie zu hoch gestellt, so ist der Ruin unvermeidlich. Und wie mit Einzelwirthschaften im Kleinen, so ist es in der Nation im Großen. Eben weil wir eine gesunde, wirklich starke Entwicklung der Wehrkraft wollen, so scheint uns die Steigerung der Ziffern an lebendem und an todttem Materiale zum mindesten sehr bedenklich, und wir haben für diese Ueberzeugung keinen Beringeren anzuführen, als den unvergleichlichen Helden, den glorieuxen Feldherren und weisen Staatsmann Erzherzog Karl, der in seinen Aphorismen unter anderem sagt:

„Die übermäßig zahlreichen Armeen sind eine Plage der Menschheit und veranlassen den Untergang der Staaten. Drei Motive sind es, welche uns wieder zu kleineren zurückführen werden: 1. die gänzliche Erschöpfung der Völker; 2. das Genie eines Feldherrn, welcher mit einem schwächeren Heere das zahlreichere dadurch zu beweiern wissen wird, daß er das feinige leichter gut ordnen und führen kann, als der Gegner seine Mehrzahl; 3. die Zertrümmerung der großen Staaten in kleinere.“

Wenn die Summe der Ausgaben für Heereszwecke in nur zwanzig Jahren in Deutschland allein von 475 Millionen auf 888 Millionen gestiegen sind und künftig jährlich regelmäßig um 65 Millionen (das sehr bedeutende Extra-Erforderniß ist unberücksichtigt) erhöht werden; wenn beinahe der fünfzehnte Theil der männlichen erwachsenen Generation der produzierenden Arbeit entzogen wird; — dann ist ein Zustand geschaffen, der auch einen Soldaten bedenklich machen muß.

Und daß diese zunehmende Steigerung erst nach dem

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

13

Haus Anzingen.

Soziale Studie von H. de Balzac.
Deutsch von Curt Saale.

„Nede nicht so!“ rief Couture hitzig. „Jemand hat zehntausend Franks und kauft sich dafür zehn Aktien von zehn verschiedenen Unternehmungen, jede zu tausend Franks. Neunmal wird er betrogen... ich nehme das nur an, denn in Wirklichkeit geschieht es nicht; so etwas läßt sich das Publikum nicht bieten... das eine Geschäft aber glückt... das mag nun der reine Zufall sein oder nicht, für mein Beispiel ist es gleich, erspart Euch Eure Einwürfe... und der Spieler, der Lug genug seine Einsätze so vertheilt, hat für sein Geld eine ausgezeichnete Anlage gefunden, so wie diejenigen, welche Wertschiner Bergwerksaktien gekauft haben.“

„Bestehen wir uns nur, daß die ärgsten Schreier gegen die Gründer neidische Geuchler sind; sie verweisen eben daran, jemals eine fruchtbarere Geschäftsidee zu finden und die Macht, sie in Wirklichkeit zu setzen und die Geschicklichkeit, sie zum eigenen Vortheil auszubenutzen.“

Ein weiterer Beweis wird nicht auf sich warten lassen. Eine kurze Zeit noch, und Ihr werdet die Aristokratie, die Hofmänner, die Minister in hellen Haufen in die Arena der Spekulation hinabsteigen sehen; ihre Finger werden so krumm wie die unfrigen, ihre Gründungen noch blutiger sein, aber unser Geist, unser Will wird ihnen fehlen.

Welch kluger Kopf gehört dazu, in einer Zeit, wie

der unfrigen, wo die Habgier des Aktionärs der des Gründers gleich kommt, ein Aktienunternehmen ins Leben zu rufen. Welche Kraft der Hypnose muß von einem Mann ausgehen, der die Firma Claparon erfunden und beständig neue Hilfsmittel erfinden kann!

Und die Moral davon?

Unsere Zeit ist nicht mehr werth, wie wir. Wir leben im Zeitalter der Habgier; nicht nach dem Werth eines Dinges wird gefragt, sondern ob man Profit heraus schlagen kann, wenn man es an den Nachbar weiter verkauft. Und man giebt es an den Nachbar weiter, weil die Habgier des Gründers, der ihm Profit in Aussicht stellt, vollkommen entspricht!“

„Wie schön Couture in seinem Feuer ist, wie schön!“ sagte Vigou zu Blondet. „Er mühte jetzt bloß noch verlangen, als Wohlthäter der Menschheit in Marmor verewigt zu werden.“

„Er mühte bloß noch zu der Schlussfolgerung kommen,“ erwiderte Blondet, „daß das Geld der Dummheit von Gottes und Rechts wegen der Klugen Erbtheil ist.“

„Lachen wir hier, meine Herren,“ fuhr Couture fort, „für den ganzen Ernst, den wir anderwärts bewahren müssen, wenn wir von respektablen, durch zufällige Besesse geheiligten Dummheiten hören.“

„Er hat Recht,“ versetzte Blondet. „Sowie sich in unserer Zeit die Intelligenz regt, macht man schnell ein Gesetz dagegen. Da kommen unsere Gesetzgeber, die in irgend einem Winkel der Provinz gelebt und die Gesellschaft aus den Zeitungen studirt haben, und schließen das Feuer in die Maschine ein. Springt dann der Kessel, so herrscht Geul und Zähneklappern. Eine nette Zeit, wo nur Fiskal- und Strafgesetze erlassen werden!“

„Bravo, Blondet!“ rief Vigou. „Da hast Du den

Finger in Frankreichs Wunde gelegt. Ja, die Fiskalität, die Bureaucratie hat unserem Vaterland mehr Provinzen entrissen, als der verheerendste Krieg. In dem Ministerium, in dem ich mit Philistern zusammengepaunt, sieben Jahre Galeere abmachte, war ein Beamter, ein Mann von Talent, der das ganze Verwaltungssystem abändern wollte. O! Wir haben ihn hübsch geleimt. Frankreich wäre zu glücklich geworden, und er hätte sich in seinem Uebermuth vielleicht das Vergnügen gemacht, ganz Europa zu erobern. Durch den Sturz dieses gefährlichen Mannes haben wir für die Ruhe der Nationen gesorgt.“

„Hört!“ rief Blondet. „Von den Vorfällen in Lyon, wo die Republik mit Kanonen über den Haufen geschossen wurde, war ja viel die Rede. Aber die Wahrheit kennt Ihr nicht. Die Republikaner hatten sich des Aufstandes nur bemächtigt, wie sich der Insurgent einer Plinte bemächtigt. Der wirkliche Grund lag tiefer.“

Der Handelsstand in Lyon ist blöd und seelenlos. Er läßt nicht eine Elle Seide weben, die nicht vorher bestellt und deren Bezahlung nicht sicher wäre. Fehlen Bestellungen, dann stirbt der Arbeiter Hungers. Er verdient so schon kaum, so lange er Arbeit hat, seinen Lebensunterhalt. Die Galeriensträflinge sind besser daran wie er.

Nach der Julirevolution stieg das Geld auf's Höchste. Die Canuts richteten eine Fahne mit der Aufschrift auf: „Brot oder Tod!“ — auch eine derjenigen Proklamationen, welche die Regierung hätte hindern sollen. Die Theuerung der Lebensmittel in Lyon hatte den Ausbruch beschleunigt. Lyon will Theater bauen und Hauptstadt werden, daher unsinnig hohe Wahl- und Schlachtsteuer. Die Republik-

*) Die Geschichte dieses Sturzes beschreibt Balzac in seinem Roman: „Die Beamten“. Der Uebersetzer.

Jahre 1880 begann; daß die Ursache derselben nur das gegen-
seitige Mißtrauen ist; daß Verträge eben nur respektirt werden,
soweit die Faust sie hält; daß alles sind historische That-
sachen, deren Erwähnung ohne Fiancune, ohne Stimmungsmacherei,
eifrig geboten ist, wenn die Ursachen der gegen-
wärtigen ungelassenen Verhältnisse in Europa erörtert werden.
Wahrscheinlich nicht Oesterreichs Schuld ist es, daß das geflügelte
Wort „Gewalt geht vor Recht“ — dieses leider noch nach-
wirkende Charakteristikon einer glücklicher Weise vergan-
genen Periode an der Spitze entstanden, was die verehrte
(Berliner) „Militärzeitung“ gewiß eben so würdigen wird,
wie unsere Aufklärung.

Das die beiden Artikel des österreichisch-ungarischen
Fachblatts.

Wir sehen, in Oesterreich wie in Frankreich beginnt
selbst in Militärlagern die Erkenntniß sich Bahn zu brechen,
daß der Militarismus mit dem Wohl der Völker nicht ver-
einbar ist. An den Völkern und vor allen an dem deut-
schen Volk ist es, sich und die Welt von dieser „Plage
der Menschheit“ zu befreien, welche — um mit den
Worten des Erzherzogs Karl von Oesterreich zu reden,
bekanntlich eines Feldherrn ersten Ranges — die „Er-
schöpfung der Völker“ verursacht und den
„Untergang der Staaten.“

Nieder mit dem Militarismus!
Fort mit der Militärvorlage!

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 24. Januar.

Aus dem Reichstag. Die Debatte über die Wucher-
gesetzvorlage eröffnete heute unser Genosse Frohne mit sehr
trefflichen Ausführungen über das Wesen des Wuchers.
Frohne zeigte, daß die ganze bestehende Wirtschaftsordnung
auf wucherischer Ausbeutung der Nothlage der bedrängten
Volkmassen beruht, und daß, wenn man dieser Ausbeutung
einhellig und gründlich ein Ende machen wolle, von der be-
stehenden „Ordnung“ überhaupt nichts übrig bleiben
würde. Redner kritisierte die hauptsächlichsten Arten der
wucherischen Ausbeutung, wie sie im Arbeitsvertrag,
in den agrarischen Schutzzöllen, im Grund- und Bodenvucher,
im Umwesen der Börse, den Preisartikeln, den Staat-
sicherungen und den Staatsanleihen zu Tage treten. Prinzipiell
verurtheilte der Redner den Wucher auf das Entschiedenste,
bezweifelte aber, daß mit der vorliegenden Vorlage auch
nur das Geringste an den bestehenden Zuständen geändert
werde. Von den nachfolgenden Rednern der übrigen
Parteien wurde mehr auf die technischen Einzelheiten der
Vorlage eingegangen und dieselbe dann einer besonderen
Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Nach-
dem die Vorlage über das Gesetz gegen den
Vertrag militärischer Geheimnisse ohne Diskussion
einer Kommission überwiesen war, führte die Be-
rathung über die Wahl des Abgeordneten von Hedden
(9. Hannover) zu einer sehr animirten Debatte. Die Kom-
mission beantragte Ungültigkeitserklärung, wogegen Schneider
(Hamm) den Antrag stellte, die Wahl für gültig zu er-
klären. Für die Gültigkeit sprach neben Schneider (Hamm)
noch Dr. Stephan vom Centrum. Für den Kommissions-
beschuß sprachen Schneider (Nordhausen), Strombeck (Zen-
trum), Heine, Meister und Singer. Bei der Abstimmung,
welche eine namentliche war, stimmten 79 für und 100
gegen die Gültigkeit. Das Haus war also nicht beschluß-
fähig und muß die Abstimmung morgen wiederholt
werden. —

„Eine Politik der Versöhnung“ wird im Saar-
revier verfolgt — lesen wir in kapitalistischen Blättern,
die sich den Anschein der Menschlichkeit geben. Und die
Politik der Versöhnung? Daß nicht alle Ausständigen
„ganz abgelegt“ worden sind, sondern bloß „ein paar hundert
Gehyr und Adelsfähiger“, während die übrigen mit einer
Hungertour bis zum 1. Februar davon kommen sollen. Ei,
wie gnädig. Daß man nicht alle Ausständigen entläßt,
das danke der Teufel — dann hätten die Kohlenwerke ein-
fach nicht genug Arbeiter, und der Betrieb müßte eingestellt
werden. Das ist keine Großmuth. Wenn man wirklich
eine Politik der Versöhnung gewollt hätte, dann wäre das

kaner witterten nur, daß eine Brotrevolte in der Luft lag,
sie organisirten die Ganutz und jene schlugen sich für sich
und sie. Drei Tage dauerte der Straßenkampf, dann wurde
die „Ordnung“ wieder hergestellt und der Ganutz troch in
seine Löcher zurück.

Bis dahin waren die Hausweber rechtlich gewesen;
hundweise wurde ihnen die Seide zugewogen und sie lieferten
dafür das fertige Gewebe ab. Jetzt sahen sie ein, daß die
Händler keine Schonung für sie kannten und sie gewissenlos
ausbeuteten. Nun warfen auch sie die Ehrlichkeit
über Bord und fetteten ihre Finger, mit denen sie die
Seide verarbeiteten, mit Del an. Sie lieferten Pfund für
Pfund ab, aber statt der Seide wog das Del mit. Der
französische Seidenhandel wurde mit gefetteten Geweben
überhäuft und Lyon und mit ihm ein wichtiger Zweig
des gesammten französischen Handels stand am Rande des
Verderbens.

Das Uebel mit der Wurzel auszurotten, hatten Re-
gierung und Fabrikanten weder gewollt noch gekonnt; sie
hatten es gewissen Ärzten nachgemacht und die Krankheit
durch ein heftig wirkendes, äußerliches Mittel zurückgetrieben.
Mit Militär und Kanonen hatten sie die soziale Frage lösen
wollen. Die Lyoner Fabrikanten fanden später irgend ein
Kontrollmittel gegen die Delung der Seide, aber die Grund-
ursache blieb bestehen.

Couture nahm wieder das Wort und fuhr da fort, wo
er bei der Unterbrechung seiner Rede stehen geblieben war:
„Wenn die Geschäfte, von denen wir sprechen, äußerlich
nach Charlatanismus aussehen, — ein Wort, das entehrend
klingt und auf der Scheide zwischen Betrug und Heiligkeit
steht — so frage ich bloß: wo fängt der Charlatanismus an
und wo hört er auf? Was heißt überhaupt Charlatan-
ismus? Thut mir bloß die Freundschaft und sagt mir,
wer denn kein Charlatan ist! Aufrichtigkeit ist leider eine
der seltensten sozialen Ingredienzen.“

Der Handel, der in der Nacht erst suchen wollte, was
er am Tage verkaufen will, wäre ein Unsin. Der kleinste
Streichholzhändler weiß instinktiv, was Verkauf der vor-

erste gewesen, die Beamten zu entlassen, welche
die Arbeiter in den Streik getrieben haben, und allen
Streikenden ohne Ausnahme sofort wieder die Gruben zu
öffnen. Die Art, wie jetzt vorgegangen wird, beweist, daß
der Geist, der den unheilvollen Streik hervorgerufen hat,
auch heute noch im Saarrevier der herrschende ist. —

Der Kaiser hat es abgelehnt, eine vom Vorstand
des Reichswehrvereins im Saarrevier zu sendende Depu-
tation zu empfangen. —

Die **Sey-Chanvinisten**, welche für die neue Militär-
vorlage Stimmung zu machen suchen, indem sie das Ge-
spräch des unvermeidlichen Krieges mit Frankreich an die
Wand malen, treiben ihr trauriges unsauberes Handwerk
mit Vorliebe in der Presse des Auslandes, wo sie sich
weniger überwacht wissen. Namentlich wählen sie gern
deutsch-amerikanische Zeitungen für die tollsten Organe.
Wir haben auf diese Praktiken der Reptilien schon wieder-
holt aufmerksam gemacht. Jetzt finden wir in einem
Chicagoer Blatt, der „Westlichen Post“, folgendes hübsche
Kulstueck:

„Gegebenen Falls wird nach dem nächsten Krieg allen
Gräften die Forderung erhoben werden, daß die Franzosen alles
Land von der belgischen Grenze bis zur Schweiz, die großen
französischen Armeefestungen enthaltend, die oberen Flußthäler
der Maas und der Saone umfassend, abtreten, daß dasselbe aber
von der jetzigen französisch sprechenden Bevölkerung geräumt
werden muß, um mit deutschen Kolonisten neu bevölkert zu werden.
Der Vorschlag klingt ungeheuerlich, unausführbar. Aber ist er's
denn in Wirklichkeit? Er ist doch nichts anderes, als was zur Zeit
der Völkerverwanderung in viel größerem Maßstabe geschehen ist,
und was damals möglich war, ist es bei den modernen Ver-
kehrsmitteln weit eher. Land für die Vertriebenen haben die
Franzosen in Algier und am Senegal mehr als genug. Auf
den entwaflneten Kriegsschiffen könnten die Auswanderer in
die neue Heimath transportirt werden, und die Milliarden,
welche sie an Deutschland nicht zu bezahlen brauchte, würden
die französische Regierung in Stand setzen, die Vertriebenen
für ihr verlorenes Besitzthum angemessen zu entschädigen, so
daß sie sich in der neuen Heimath bequem einrichten könnten.
Den in der alten Heimath verbleibenden Franzosen aber würde
die Besorgniß, daß das gelungene Experiment bei der nächsten
Gelegenheit in noch größerem Maßstabe wiederholt werden
würde, vielleicht eine Mahnung sein, die Revanche-Gedanken
fallen zu lassen und den Frieden zu halten. Thäten sie das
nicht, ei, so könnte ja schließlich so nach und nach die ganze
französische Bevölkerung nach Afrika hinüber transportirt
werden, wo ja neuerdings sehr erfreuliche Fortschritte in der
Fruchtbarmachung der Sahara gemacht worden sein sollen.
Ich versichere Sie, daß der obige Plan trotz dieses Scherzes
nicht etwa ein schlechter Witz ist, sondern daß die Möglichkeit
seiner Ausführung alles Ernstes erörtert wird.“

Dieses blödsinnige Schwadroniren, das natürlich Wasser
ist auf die Mühle der französischen Chauvinisten, und mit
Behagen von ihnen verbreitet wird, ist selbst der „Kreuz-
zeitung“ zu arg. Die dazu nachstehende Glossie eines Deutschen
aus Pittsburg abdruckt:

Unter den Yankees erregt dieser „Plan“ lebhafteste Ent-
rüstung über „deutsche Grausamkeit“. Wir verstehen die
patriotische Gemüthung des Einsenders nicht, allein es scheint
uns wenig angebracht, solche Dinge, nach dazu in ausländischen
Zeitungen, zu erörtern. Erstens haben wir noch keinen Krieg,
zweitens haben wir noch nicht gesiegt, und drittens
erscheint es uns am besten, nachdem diese beiden Esen-
tialitäten eingetreten sein werden, die Entscheidung über die
Friedensbedingungen den künftigen Stellen zu überlassen; das
Zell des Vären vor seiner Erlegung zu vertheilen, hat sich zu-
weilen schon schwer gerächt. Zu tadeln ist auch die Bestimmtheit,
mit welcher der Korrespondent seine Phantasien als ein
fait accompli darstellt. Wenn hier in Amerika aber solche
Artikel gedruckt werden, dienen sie nur dazu, den Dehnen gegen
alles Deutsche und das deutsche Kaiserreich Wasser auf die
Mühle zu liefern. Die Stimmung der Yankees gegen unser
Vaterland ist so schon sehr unfreundlich, aber derartige Pres-
senauslassungen unterliegen ihre Beförderungen, die leitenden
Stellen in Berlin als frivole Friedensbrecher zu schildern;
darum richten wir an die, welche es angeht, die Bitte, solche
Schriftsteller künftig zu unterlassen; sie bewirkt eine Steige-
rung der so schon vorwiegenden Sympathien für
Frankreich.

Ist denn niemand da, der dieses Reptilgeschindel zur
Raison bringt? —

Das **nationalliberale Zentralkomitee** für die
Rheinprovinz, das ziemlich identisch mit der Vertretung
des kapitalistischen Progenthums ist, hat am vorigen
Sonntag folgende Beschlüsse gefaßt:

handenen Vorräthe bedeutet. Die Waare auskaufen ist der
Gedanke des sogenannten tugendhaften Kleinkaufmanns der
Rue Saint Denis, sowie des sogenannten unverhämmerten
Spekulanten.

Wenn die Magazine gefüllt sind, muß verkauft werden.
Um zu verkaufen muß dem Käufer Lust gemacht werden,
daher im Mittelalter das Schild und in der Gegenwart die
Reklame. Wenn wir in unsern Prospekten Kunden suchen
und jene den Käufer in den Laden ziehen und ihre Waaren
ausfragen, so sehe ich zwischen beiden nicht ein Paar breit
Unterschied.

Es kann und muß vorkommen, und es kommt auch oft
genug vor, daß die Kaufleute beschädigte Waare erhalten,
denn der Verkäufer sucht den Käufer unaufhörlich zu
täuschen. Fragt nun einmal die anständigen, großen Pariser
Kaufleute, . . . mit Stolz werden sie Euch erzählen,
welche Kunstgriffe sie anwandten, um ihre schlechte Waare
an den Mann zu bringen. Der feinste Kaufmann wird
Euch mit heiterster Miene seinen Grundsatz verrathen:
Wenn man selbst hineingefallen ist, muß man sich auf jede
nur mögliche Weise wieder herausziehen. Kann es etwas
Unredlicheres geben?

Blondet hat Euch von den Unruhen in Lyon, ihren
Ursachen und ihren Folgen erzählt. Ich will meiner Theorie
die Form einer Anekdote geben:

Ein strebsamer Hutmachermeister, dem seine liebe Frau
zu viel Kinder geschenkt, glaubt an die Republik. Er kauft
rothen Filz und macht die bekannten rothen Hüten daraus.
Die Republik wird besiegt, die Hüten werden unver-
käuflich. Wenn ein Meister in seiner Wohnung Frau,
Kinder und zehntausend rothe Hüten vorfindet, welche
ihm kein Huthändler mehr abkauft, so schieben ihm ebenso
viel Ideen durch den Kopf wie einem Bankier, der zehn
Millionen Aktien einer faulen Gründung unterbringen will.
Was thut der ehrjame Handwerkermeister, der (Lau*) der
Vorstadt, der Nungingen in Kappen? Er gabelt in irgend
einer Kneipe einen Dandy auf, einen jener lustigen Vögel,

1. Betreu den Grundsätzen und Traditionen der national-
liberalen Partei sind wir mit unseren Abgeordneten vollkommen
darin einverstanden, daß alle zur Sicherstellung des Vater-
landes notwendigen Opfer gebracht werden müssen. Wir
stimmen hiernach der Bewilligung der Militärvorlage in den-
jenigen Grenzen bei, welche der hochverehrte Führer der Partei
im Plenum und der Kommission des Reichstags mehrfach ge-
zogen hat. Wir erklären ausdrücklich, daß für diese unsere Zu-
stimmung zur Militärvorlage lediglich die sachlichen Bedürf-
nisse des Reiches und patriotische Beweggründe maßgebend
sind. 2. Wir sprechen hiermit den dringenden Wunsch aus,
daß die Vertreter unserer Partei im Reichstage mit aller Ent-
schiedenheit von der Regierung einen klaren Finanz-
plan verlangen, der in befriedigender Weise über die
gegenwärtige Finanzlage des Reiches wie über die
Deckung der mehr und mehr anwachsenden Ausgaben
des Reiches in nächster Zukunft klare Auskunft ertheilt.
3. Wir erwarten mit aller Bestimmtheit von den nationalliberalen
Abgeordneten des preussischen Landtags, daß sie einstimmig
die geplante Vermögenssteuer ablehnen werden.
Es handelt sich hierbei nicht in erster Linie um eine wirth-
schaftliche Frage, worüber wir die Entscheidung nach wie vor
der von jeder programmatischen Festsetzung unabhängigen Auf-
fassung des einzelnen Abgeordneten freigegeben wissen wollen.
Vielmehr handelt es sich dabei um ein Grundprinzip des
Liberalismus, um den Schutz der bürgerlichen Frei-
heit, welche durch Veranlagung einer solchen Steuer in jeder
Form aufs äußerste bedroht erscheint. 4. Wir erachten den
Zeitpunkt für gekommen, in welchem es unabweisbare Pflicht
der nationalliberalen Abgeordneten geworden ist, den verant-
wortlichen Organen der Reichsregierung gegenüber mit
Nachdruck zu betonen, daß ihre Politik in wesentlichen Fragen
des Vertrauens in den weitesten national-
gesinnten Kreisen des Volkes ermangelt.
5. Diese Beschlüsse sollen der Zentralkommission der national-
liberalen Partei in Berlin unter dem Ersuchen mitgetheilt
werden, im Sinne der Resolutionen ihren Einfluß auf die
nationalliberalen Abgeordneten geltend machen zu wollen, da
die Lage der Dinge ein energisches Handeln der Partei und
ihrer Vertreter gebieterisch erheischt.“

Also die Militärvorlage wird bewilligt und zugleich
der Regierung ein vollständiges Mißtrauensvotum gegeben.
Gegen die Belastung des Volkes hat das kapitalistische
Progenthums nichts einzuwenden, aber ihre, die „bürgerliche
Freiheit“ fühlt sie schon durch eine winzige Vermögens-
steuer bedroht. Was aber hauptsächlich den Born des
Progenthums gegen die Regierung erregt, ist, daß diese nicht
voll und ganz sich dem Progenthums à la Stumms und Baare
unterwirft. Der Born des kapitalistischen Progenthums ist
durch die Schwäche der Regierung begründet; mer sich den
Gefühen der Bourgeoise schon so weit hingeeben hat, wie
die Regierung, von dem kann man auch die volle bedingungs-
lose Unterwerfung verlangen. —

Das **meistgeplagte Geschöpf in Deutschland** ist,
wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aus dem
„Pörsener Tageblatt“ mittheilt, der Arbeitgeber, und unter
den verschiedenen Kategorien der Arbeitgeber in Stadt
und Land ist der östliche Grundbesitzer am äbelsten daran.
„Dieselbe Gesetzgebung, welche dem Arbeiter überall
entgegenkommt, welche den Arbeitgeber mit den Kosten und
der Wahrung der sozialen Neuerungen belastet, hat sein
Einkommen durch Erleichterung der Auslandskonkurrenz
empfindlich geschmälert, und sollte die neue Militärvorlage
wirklich, wenn auch etwas gestutzt, Gesetz werden, so wird
die landwirtschaftliche Bevölkerung des Dniens zu der ver-
stärkten Rekruteneinstellung wieder das Hauptkontingent
stellen müssen.“

Der Grundbesitzer habe das bittere Gefühl, nur ein
„Stiefkind der modernen Gesetzgebung“ zu sein. Das „Groß-
der mittleren und kleineren Landwirthe“, welche ebenso wie
das Kleingewerbe der Wucht des Kapitalismus unterliegen,
wird vorgeschützt, um dem Großgrundbesitzer immer weitere
Gaben und Geschenke zuwenden. Aber alles genügt
nicht, um dessen Begehrlichkeit zu sättigen. Uebrigens
ist es eine Unverschämtheit vom Staate, der nicht einmal
ein Recht auf Arbeit anerkennt, zu verlangen, den Besitzen-
den besondere Bevorzugungen zu theil werden zu lassen.
Noch unverschämter oder dämmer aber ist es, die Arbeit-
geber als die meistgeplagten Geschöpf in Deutschland hinzu-
stellen; sie haben es ja höchst leicht, ihre Lage zu verbessern,
sie können alle Tage selbst Arbeiter werden und an deren
beneidenswerthem Loosetheilnehmen. —

Die **antisemitische Bundesgenossenschaft** scheint den
Führern der konservativen Partei bereits Kopfschmerzen zu

welche den Stadtsergeanten bei den ländlichen Wällen vor
den Thoren Paris liebe Noth machen. Er bittet ihn, bei
einem reichen Huthändler, der noch eine einzige rothe Mütze
im Schaufenster hatte, die Rolle eines im Hotel Meurice
abgestiegenen amerikanischen Schiffskapitans zu spielen, der
besondere Ladung sucht, und zehntausend Stück rother
Mützen zu verlangen. Der Huthändler wittert große,
dauernde Geschäftsverbindung mit Amerika, eilt zu unserm
ehrsamen Meister und kauft ihm Hals über Kopf seine
zehntausend rothe Mützen ab. Den Schluß denkt Ihr Euch
schon: kein amerikanischer Kapitän mehr, aber sehr viel
Mützen!

Solcher Uebelstände wegen aber die Handelsfreiheit
angreifen, hieße die Justiz angreifen, weil Verbrechen vor-
kommen, die sie nicht bestraft. Der Schluß von den Mützen
und ehrlichen Kaufleuten der Rue Saint Denis zu den
Aktien und den Bankgeschäften liegt nicht fern.“

Du verdienst eine Krone, Couture,“ rief Blondet und
setzte ihm seine zusammengewundene Serviette auf den Kopf.
„Ich gehe aber noch weiter, wie er! Wer trägt die Schuld
an all dem? Das Geseh, das ganze System der Gesetz-
gebung! Das Geseh mag wohl diese oder jene Entwick-
lung der menschlichen Leidenschaften verbieten, beispielsweise
das Spiel, die Leidenschaften selbst aber kann es nicht aus-
rotten. Und das ist gut so! Denn wenn die Leidenschaften
fortfielen, würde die ganze gegenwärtige Gesellschaft aus den
Fugen gehen, die, wenn sie die Leidenschaften nicht erzeugt, sie
zum wenigsten doch entwickelt. Man kann zum Beispiel die
Spielhäuser aufheben und die Hazardspiele verbieten, aber
das Spiel, die Leidenschaft für das Spiel, die tief im
Herzen schlummert, im Herzen des jungen Mädchens so gut,
wie in dem eines Provinzialen oder eines Diplomaten, denn
jeder möchte gern gratis ein Vermögen gewinnen, die Spiel-
muth, sage ich, wird nur in andere Sphären dadurch ge-
trieben.“

(Fortsetzung folgt).

*) Lau (sprich La) schottischer Finanzmann † 1729, der erste
und größte Gründer Frankreichs.

*) Name der Lyoner Hausweber.

machen. So schreibt das offizielle Organ dieser Partei, die „Konservative Korrespondenz“:

Wie wir aus antilemischen Blättern erfahren, rechnet der Führer der Deutschsozialen, Herr Liebermann von Sonnenberg, sehr stark mit einer demnächstigen Auflösung des Reichstages, und die Andeutungen, die er laut werden lässt, zeigen, daß die leitenden Männer der Antilemiten dieser Eventualität gegenüber schon in voller Thätigkeit sind. Herr von Liebermann schlägt nämlich, sollte es zur Reichstagsauflösung kommen, vor, daß dann möglichst bald eine Zusammenkunft der Parteiführer an irgend einem günstigen Orte stattfinden solle. „Aus nahe liegenden Gründen“ aber empfiehlt der genannte Leiter der deutschsozialen Bewegung, Ort und Zeit der Besprechung geheim zu halten und vorher nur den Beiliegenden unter Berücksichtigung strengster Verschwiegenheit Kunde davon zu geben. Das klingt ja sehr geheimnisvoll. Immerhin aber wird man diese Andeutungen konsequenterweise beachten müssen; denn es ist leider zu fürchten, daß die Antilemiten für die nächsten Wahlen einen allgemeinen Eindruck in die konservative Wahlkreise, und zwar — soweit sie dazu im Stande sind — unter Benützung der konservativen Organisation planen. Wir erinnern darum bei dieser Gelegenheit an die Mahnung konservativer Blätter, nicht zu dulden, daß Mitglieder antisemitischer Wahlvereine zugleich Mitglieder konservativer Organisationen seien.“

Einer kleinen Fälschung bezichtigten wir in unserer Sonntagsnummer die „Germania“, weil sie die Schuldfrage wie das Todesurteil gegen Ludwig XVI. mit knapper absoluter Majorität vom Konvent ansprechen ließ, während diese knappe Majorität sich nicht auf die Schuldfrage, sondern nur auf die sofortige Vollstreckung des Todesurteils bezog. Die „Germania“ muß dieses auch einräumen, und thut dies, indem sie zugleich von einer „Verleumdung“ durch den „Vorwärts“ spricht, die darin besteht soll, daß wir die Behauptung aufgestellt hätten, die Jesuiten handelten nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel. Die „Germania“ weiß ganz wohl, daß wir nie in die Jesuitenhege eingestimmt haben und daß wir von dem angeblichen jesuitischen Grundsatz stets nur gesprochen haben, um gerade den Jesuitenhebern und Kulturkämpfern nachzuweisen, daß sie selbst die schlimmsten „Jesuiten“ seien und nach dem von ihnen so verschrieenen „Jesuitischen“ Grundsatz handelten. Unsere Partei hat sich nie am Kulturkampf beteiligt, wir haben uns stets als Gegner des Jesuitentums wie jedes anderen Ausnahmesein bewährt, freilich ohne uns versucht zu fühlen, die „Jesuiten“ rein zu waschen. Den Streit mit den lutherischen Jesuiten und Kulturkämpfern über die Verdienste oder Vergehen der Jesuiten auszufechten, überlassen wir den beiden am Kampfe beteiligten Heerlagern. —

Gegen den Befähigungsnachweis und ähnliche Bestrebungen spricht sich mit denkbar größter Deutlichkeit der Bericht des sächsischen Gesamtministeriums über die gesammelten Unterichts- und Erziehungsanstalten im Königreich Sachsen vom 2. Dezember 1889 aus. Es heißt dort u. a. über die Begründung der Baugewerkschulen: „Sie verdanken ihrer Entstehung den zu jener Zeit allgemein gewordenen Klagen über den Rückgang der Thätigkeit der Baugewerksmeister, welche unter der Herrschaft des absterbenden mehr auf seine Vorrechte als auf seine Pflichten bedachten Junktoren hinter den berechtigten Anforderungen der Zeit vielfach weit zurückgeblieben waren. Die Ertheilung des Meisterrechts erfolgte häufig nicht nach der Befähigung des Betreffenden für den Betrieb seines Gewerbes, sondern nach anderen, willkürlichen, eigennütigen und unzutreffenden Gesichtspunkten, so daß der Staat sich genötigt sah, von den Jünkten unabhängige Prüfungskommissionen zu schaffen, welche die zur Erlangung der Rechte eines Maurer- oder Zimmermeisters sich Meldenden auf ihre Befähigung prüfen sollten.“

Die Baugewerkschulen Sachsens befinden sich in Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen i. V. und Zittau und sind in den Jahren 1837—1840 gegründet. Wir glauben, daß es sich erübrigt, diesem vernichtenden Urtheile der sächsischen Regierung über den jünktlichen Befähigungsnachweis noch ein Wort beizufügen. Die Herren Acker- und Hise mögen sich dasselbe aber in ihr Stammbuch schreiben.

Vom „Bergmannsfreund“ im Saarrevier. In unserm gestrigen Leitartikel ist die gemeine Art der Agitation gegen die streikenden Bergleute im Saarrevier gebrandmarkt worden, wie sie der unter den Auspizien der königlichen Bergwerksverwaltung in Saarbrücken stehende „Bergmannsfreund“ betrieben hat. Es wäre schade, wenn das Verhältnis, welches der christlich-soziale preussische Staat zu diesem Blatte unterhält, nicht in seiner ganzen Merkwürdigkeit bekannt würde. Verleger des edlen Blättchens ist der Verleger der governmentalen „Saarbrücker Zeitung“, die das Organ für sämtliche amtliche Bekanntmachungen darstellt. In der Druckerei dieser Zeitung stehen die Korrespondenzen des „Bergmannsfreundes“, welche die schwarzen Lohnslaven als „Lausbuben“ bezeichnen, einträchtig neben den landräthlichen Erlassen. Redakteur des „Bergmannsfreundes“ ist ein Assessor der königlichen Bergwerksdirektion in Saarbrücken, und in den neuesten, an das Abgeordnetenhaus vertheilten Nachweisen über die Ergebnisse der preussischen Bergverwaltung im Jahre 1891/92 wird der „Bergmannsfreund“ als staatlich subventioniert aufgeführt. Er würde sonst auch nicht für den Spottpreis von 50 Pf. pro Quartal auf allen Stuben des Saarreviers durch die „Königlichen“ Boten, Steiger und Bergmeister vertrieben werden können. Ueber dem Ganzen schwebt schlingend König Stamm — würdige Gesellschaft! —

Der Patrizierstolz der Republik Bremen bedarf einer Auffrischung, er ist unter den Reserve-Lieutenant gesunken und blickt zu diesem hinauf. Nach Artikel 17 der Verfassung Bre mens erkennt dieser Staat keinen Adel an. Auf Vorschlag des Senats soll diese Bestimmung dahin abgeändert werden, daß der Staat keine Adels vorrechte anerkennt, was die Wiedererführung des Adels in sich schließen würde. Es würde dann nicht ausbleiben, daß die Bremer Geldsäcke sich den Adel zu verschaffen wissen würden, und, wenn gar der Senat sich das Recht zulegte, den Adel zu verleihen, dann brauchte das Bremer Proletariat nicht mehr mit Reid auf die benachbarten Staaten zu blicken. Vielleicht sehen die Bremer Patrizier auch bereits das Ende der Bremischen Unabhängigkeit und wollen im Falle der Einverleibung in Preußen vorzugslich ihre Geldsäckwürde mit den Adelsprädikaten hinübernehmen. —

In Braunschweig fanden heute allgemeine Stadtverordneten-Wahlen statt. Bis her zählte die Stadt-

verordneten-Versammlung 27 Mitglieder, von denen alle zwei Jahre ein Drittel neu gewählt wird. Die Wahl findet nach dem Dreiklassenwahl-System statt und war, bis her die Stadt zu den Wahlen in drei Bezirke getheilt. Nunmehr ist die Anzahl der Stadtverordneten auf 36 erhöht und die Stadt in vier Wahlbezirke getheilt. In jedem dieser Bezirke werden je drei Stadtverordnete von jeder Wahlklasse gewählt. Da zur Wahlberechtigung der Besitz des Bürgerrechts erforderlich ist, entbehren zwei Drittel der Arbeiter des Wahlrechts. Ueberdies giebt ein Einkommen von 4500 M. immer noch nur ein Wahlrecht in der dritten Bürgerklasse, so daß zu dieser eine ganze Masse der wohlhabenden Bürgererschaft noch gehört. Dennoch tritt die Sozialdemokratie nicht ohne Aussicht auf Erfolg in den Wahlkampf. Dieses scheint auch der Braunschweiger Korrespondent der „National-Zeitung“ zu ahnen, und er sucht einen eventuellen Sieg der Sozialdemokraten damit zu verkleinern, daß er sie die sozialdemokratischen Grundsätze verleugnen läßt. Er behauptet, die meisten Forderungen des sozialdemokratischen Wahlauftrufs könnten auch die Kandidaten der „Ordnungsparteien“ unterschreiben. Hören wir nun, welcher Art diese Forderungen sind, die wir selbst in der Nr. 16 des „Vorwärts“ vom 19. Januar veröffentlicht haben. Die Braunschweiger Sozialdemokraten verlangen eine höhere Besteuerung der höheren Einkommen, verwerfen alle kirchlichen Ausgaben, verlangen, daß die Stadt die Lösung der Wohnungsfrage selbst in die Hand nehme, wollen die Einführung der einheitlichen, allgemeinen Volksschule, Beseitigung des Schulgeldes und Gewährung von Frühstück und Mittagsbrot für die Kinder bedürftiger Eltern. Des weiteren verlangen sie rechtzeitige Fürsorge für Zeiten der Arbeitslosigkeit, um möglichst früh Arbeitsgelegenheit zu verschaffen und Errichtung eines städtischen Arbeitsvermittlungsamts. Ferner wollen sie, daß die von der Stadt beschäftigten Arbeiter sowohl was die Höhe des Lohnes, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Behandlung betrifft, allen übrigen Arbeitern vorangehen. Die städtischen Arbeiten sind in Regie auszuführen, also an keine Privatunternehmer zu vergeben. Im Begräbniswesen ist völlige Kostenlosigkeit der Bestattung zu erwirken.

Das sind die Forderungen, von denen die „National-Zeitung“ behauptet, daß sie zum größten Theil auch ihre Forderungen und die ihrer Partei seien! —

Frankreich. Der Panamaschwind ist auch an verschiedene ausländische Diplomaten gepirht — an russische, italienische und vielleicht auch andere. Aus diesem Umstand möchten gewisse Leute gern einen internationalen Konflikt machen. Ein trauriges Handwerk, das in die Gasse herabsteigen muß, um sich Futter zu holen! —

Das italienische Panama ist noch im Stadium des Vertuschens. Das Eis ist noch nicht völlig gebrochen. Die Regierung giebt sich die krampfhafteste Mühe, weitere Enthüllungen zu verhindern, und die hervorragendsten Politiker der Regierungsparteien sind ihr dabei behilflich. Nicht bloß diese, auch alle früheren Regierungen sind interessiert und kompromittirt — noch bis hinter Crispi und Depretis. Der als Ehrenmann von allen geachtete republikanische Deputirte Bonghi donnert gegen den „stochen Versuch, die Wahrheit zu ersticken“ und fordert unerschrockene Erforchung der Wahrheit und Bestrafung der Schuldigen. Der Ministerpräsident Giolitti hat offenbar ein sehr böses Gewissen — man redet von seiner Demission. Aber wer soll ihn ersetzen. Wer ist saubere? —

Ein zweiter Dynamitard ist von der englischen Regierung begnadigt worden, der Frisch-Amerikaner Callan, der 1888 wegen Vetheiligung an einem Anschlag zur Indielustsprennung des Parlamentsgebäudes zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt ward. Herr Gladstone, wie wir schon sagten, ist hier auf dem richtigen Weg — wenn auch nicht freiwillig, sondern mehr der Noth gehorchend als dem eigenen Triebe. — Die Eröffnung des Parlaments ist nämlich nah — Ende des Monats — und die Aussichten des Kabinetts Gladstone sind sehr schlecht. Statt dieser trostlosen Begnadigungen sollte sich aber die Regierung zu einer umfassenden Amnestie für alle politischen Vergehen entschließen. Das würde die beste Wirkung haben. —

Die Lage in Egypten ist sehr kritisch. Unter der Bevölkerung gährt es mehr und mehr, und die Engländer sehen sich bereits genötigt, ihre Besatzungstruppen zu verstärken. Jeder Augenblick kann die Nachricht eines blutigen Zusammenstoßes bringen, und was dann werden wird, das läßt sich nicht voraus berechnen, da sofort Frankreich auf der Bühne und Rußland wenigstens hinter den Kulissen erscheinen wird. —

Parlamentarisches.

Aus der Militärkommission des Reichstags. Die in voriger Woche abgebrochene Generaldiskussion wurde heute Vormittag fortgesetzt, nachdem an Stelle des ausgeschiedenen Abg. von Wendt der Abg. Frigen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und einige Nachweisungen über die Körperbeschaffenheit der Militärvollständigen und über den Abgang der Dienstuntaugbaren und Invaliden zur Vertheilung gelangt waren.

In der wieder eröffneten Generaldiskussion nahm zuerst der preussische General von Goltz das Wort, um in längerer Ausführung die Ausführungen des Abg. Hynze zu bekämpfen. Der Redner bezeichnete die Hynze'sche Rede als einen „strategischen Ueberfall“ und behauptete, daß die von Hynze in voriger Sitzung angegebenen Zahlen kein richtiges Bild geben und daß die Zahl der militäruntauglichen jungen Leute bei weitem nicht so gering sei wie es der Abgeordnete Hynze dargestellt hat. Zur Beseitigung der Unzutüchtigkeit bei der Aushebung sei die Vorlage betr. die anderweite Regelung des Ersatzgeschäftes bestimmt und es sei, ganz abgesehen von dem Schicksal der Militärvorlage, Vorlesung getroffen, daß schon in diesem Jahr in dem Sinne dieser Vorlage bei der Aushebung verfahren werde.

Auch das Mindestmaß der Körpergröße werde von der nächsten Aushebung an herabgesetzt werden, denn es sei nicht der geringste Zweifel, daß die kleinen Leute durchaus militäruntauglich seien. Der Regierungskommissar erwiderte: dann in ausführlicher Weise die der Kommission überreichten Nachweisungen, um zu dem Schluß zu kommen, daß die Zahl der Militäruntauglichen zu keiner Besorgnis Veranlassung gäbe.

Aus der Kommission ergreift zuerst das Wort Abg. Payer, der die Erklärung abgibt, daß die Volkspartei geneigt ist, in

dem Rahmen der jetzigen Friedenspräsenzstärke, die bei Einführung der zweijährigen Dienstzeit erforderlichen Mehberosichtigungen eintreten zu lassen; über dieses Angebot hinaus aber nicht gehen will.

Redner erörtert die nach seiner Ansicht sehr große Bedeutung dieses Entgegenkommens und polemisiert gegen die Ausführungen des Reichskanzlers, dessen pessimistische Auffassung der Situation den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspreche. Abg. Payer resümiert die bisherigen Verhandlungen sowohl in politischer als militärischer als auch in volkswirtschaftlicher Beziehung und kann trotz der von den Besüorzern der Vorlage gemachten Ausführungen gegenüber der Volksstimme in Süddeutschland nicht dazu gelangen, eine andere Stellung einzunehmen, weil wir bereits an der Grenze der Volkskraft angelangt seien.

Mit einer Betrachtung über die Situation im Falle der Reichstags-Auflösung und einem Appell an die Regierung, keine gefährlichen Experimente zu machen, schließt der Abg. Payer seine Ausführungen ab.

Der Reichskanzler nimmt zu der wiederholten Erklärung, daß für die Regierung die zweijährige Dienstzeit ohne Erhöhung der gegenwärtigen Friedenspräsenz unannehmbar ist, das Wort, und führt aus, daß die Reichsregierung sich nicht veranlaßt sehen kann, gegenüber einer augenblicklichen Verstimmung im Volke auf eine Forderung zu verzichten, deren Erfüllung sie für die zukünftige Sicherheit des Deutschen Reiches als unerläßlich betrachten muß.

Regierungskommissar General v. Soller verbreitet sich nochmals über die Zahlen der voraussichtlich gegenüberstehenden Armeen, und beklagt es, daß man der Regierung die Bewilligung der von ihr als durchaus nothwendig erkannten Rekrutenquote verweigere.

Bebel geht zunächst ein auf die Auffassungen, welche von mehreren Vorrednern bezüglich der europäischen Lage gemacht wurden; er halte fest an dem, was er in seiner ersten Rede bezüglich derselben ausgeführt habe. Unsere Interessen auf dem Balkan seien nahezu die gleichen, wie diejenigen Oesterreichs; mit der Okkupation des Balkans durch Rußland seien die handelspolitischen Interessen Deutschlands dort tödlich getroffen und das was viele heissen angeht die Ausdehnungsfähigkeit des dortigen Marktes und bei der Thatsache, daß neue Absatzgebiete anderwärts zu erobern nahezu ein Ding der Unmöglichkeit sei. In gleichem Maße würde die politische und militärische Aggressivkraft Rußlands dadurch so gesteigert, daß die Unterjochung ganz Europas unter die russische Macht nur eine Frage der Zeit sei. Er sei kein Pessimist, sondern seiner ganzen Natur nach Optimist, aber zugleich sei er gewohnt, nüchtern zu denken und die Dinge nüchtern zu betrachten, und da sei es bei ihm seltenste Ueberzeugung, daß nie die Lage Europas unbehaglicher gewesen sei als jetzt und wenn auch nicht sofort, doch später zu einem europäischen Kriege treibe, in dem Deutschland um seine Existenz zu kämpfen habe. Von diesem Gesichtspunkt aus sei die höchste Entwicklung der militärischen Organisation eine Nothwendigkeit, aber auf einem ganz anderen Wege als die Regierungen wollten. Der Weg, den diese vorschlägen, sei für ihn ungangbar, weil falsch. Redner kam nunmehr auf seine Ausführungen in der ersten Rede in der Kommission und auf die Einwendungen, welche der Reichskanzler vom kriegsgeschichtlichen und militärischen Gesichtspunkt gegen seine Ausführungen erhoben. Er führt aus, daß die Einwendungen des Kanzlers seiner Ansicht nach durchaus unzutreffend wären und zeigt dies an dem Verlauf des spanischen Volkskriegs gegen die Franzosen und des nordamerikanischen Sklaveneinstellungskampfes. Ebenso unzutreffend seien die Ausführungen des Reichskanzlers in bezug auf die Gambia'schen Armeen, wie Redner des weiteren ausführt. Theurer würden Volkskriege nur, wenn sie von militärisch unvorbereiteten, gewissermaßen aus dem Nichts geschaffenen Armeen, geführt würden. Daß sie bei den erwähnten Kriegen der Fall gewesen, solle aber durch den von ihm entwickelten Plan der militärischen Jugendvertheilung, der dann die letzte Ausbildung der Ermanneten in der verhältnismäßigen kurzen Zeit von Monaten folge, verhindert werden. Das schweizerische Militärsystem sei keineswegs ideal, ihm fehle die Jugendvertheilung und die Ausbildung der Erwachsenen sei noch mangelhaft, aber es gäbe die Basis, auf der weiter gebaut werden müsse. Die Schweiz stelle bei einem Militärbudget von nur 26 400 000 M. 208 000 Mann an Fußgänger und Landwehr ins Feld und einen Landsturm von 262 000 Mann und Summa über 470 000 Mann. Dabei sei wohl zu beachten, daß im Vergleich zu Deutschland die Offiziersstellen verhältnismäßig gering bezahlt, dagegen die Mannschaft ungleich besser verpflegt und bezahlt sei als der gemeine Mann in Deutschland. Der schweizerische Soldat erhalte neben besserer Verpflegung täglich 75 Ctm., gleich 80 Pf. Redner fährt weiter aus, daß das Einjährigensystem und die bmonatliche Ausbildung der Ersatzreserve zeige, daß auch bei uns eine weit längere Dienstzeit als die zweijährige für genügend erachtet werde. Namentlich seien die Ersatzreserven mit fünf Monaten weit besser ausgebildet, als man militärischerseits zugeben wolle. Ihn sei die Auserziehung eines höheren Offiziers hinterbracht worden, der nach einer Beschäftigung der ausgebildeten Ersatzreserven gefragt: Wenn Nichter wüßte, wie gut die Kerle ausgebildet sind, das wäre ein gesundes Essen für ihn. (Große Heiterkeit, auch unter den anwesenden Generalen.) Redner wendet sich dann des weiteren gegen die Ausführungen des Abgeordneten v. Bennigsen in bezug auf die historische Entwicklung Frankreichs seit dem Wiener Kongreß. Daß man damals Frankreichs Pänderumfang unangefastet gelassen, habe trotz der jämmerlichen innerpolitischen Zustände Deutschlands bis 1866 einen 63jährigen Frieden ermöglicht. Redner verbreitet sich des weiteren gegen die Behauptung Bennigsen's wegen der Nothwendigkeit der Annexion von Elsaß-Lothringen und über das Vorgehen Boulanger's. Letzterer, so fährt er aus, sei ohne daß er es gemerkt, eine Marionette in den Händen Bismarck's gewesen, Bismarck habe 1877 den Krieg mit Frankreich gewollt, weil damals Rußland noch nicht fertig war, und sehr zu Bismarck's Bedauern sei Boulanger's Antrag auf Kriegserklärung im französischen Ministerium nicht durchgedrungen. Wie Bismarck Boulanger am Faden gehabt habe, gehe daraus hervor, daß ein der ärgsten boulangistischen Heblblätter in Paris mit deutschem Repetitionsgelbe unterhalten worden sei. Redner erklärt sich schließlich nach längerer Ausführungen gegen die Vorlage. Reichskanzler Caprivi erwidert, daß eine Militärarmee nie zu einem Offensivkriege zu gebrauchen sei. Die Kosten der schweizerischen Militärgarne seien vergleichsweise höher als diejenigen der deutschen Armees. Nach einer persönlichen Bemerkung Payer's wird die Verathung auf Donnerstag Abend 8 Uhr vertagt. Tagesordnung: Fortsetzung und wahrscheinlicher Schluß der Generaldebatte.

Die Kommission für den Gesekentwurf, betr. die Abzahlungs-geschäfte hielt heute Mittag ihre konstituierende Sitzung ab. Als Vorsitzende wurden die Abgeordneten Acker- mann und von Bar gewählt, während die Abgeordneten von Hellmann und Schneider (Nordhausen) die Schriftführerposten übertragen erhielten. Die erste Sitzung der Kommission soll am nächsten Montag Abend stattfinden.

Briefkasten der Redaktion.
G. M. in N. Ein derartiges Institut außerhalb Berlins ist uns nicht bekannt.
G. S., Großhausmann. Wie lange die Kasse Unterstufungen zu zahlen hat, hängt von dem Vorlaut des uns nicht vorliegenden Status ab. — Wegen die Pfändung wegen Steuern hißt leider nur ein Antrag auf Erlaß derselben. Ein Recht auf Erlaß steht Ihnen nicht zu.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt,
Berlin SW., Benthstraße 2.

Übersicht der bisher erschienenen Hefte der
Berliner Arbeiter-Bibliothek

Herausgegeben von Max Schippel.

I. Serie:

- 1. Heft: Ein sozialistischer Roman. (Ein Rückblick 2000 bis 1887.) Nach dem Amerikanischen des Edward Bellamy. 82 Seiten. 0,15
- 2. „ Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Rede von Max Schippel. 32 Seiten. 0,15
- 3. „ Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Von Clara Zetkin. 40 Seiten. 0,20
- 4. „ Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Von Ossip Zetkin (Paris) †. 48 Seiten. 0,20
- 5. „ Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. Von Ossip Zetkin (Paris) †. 49 Seiten. 0,20
- 6. „ Die Hausindustrie in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer. 32 Seiten. 0,15
- 7. „ Junker und Bauer. Zur Entwicklung unserer Agrarverhältnisse. Von Paul Kampffmeyer. 32 S. 0,15
- 8. „ Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Von Max Schippel. 32 Seiten. 0,15
- 9. „ Die Marx'sche Wertheorie. Zur Einführung in das Studium von Marx. Von Paul Fischer. 52 Seiten. 0,20
- 10. „ Die Sozialdemokratie und der Deutsche Reichstag. Materialien zum Gebrauch für sozialdemokratische Wähler. 36 Seiten. 0,15
- 11. „ Die soziale Frage auf dem Lande. (I. Die Lage der ländlichen Lohnarbeiter in Preußen. Von Paul Kampffmeyer. II. Der Ruin des ländlichen Kleinbetriebes durch die landwirtschaftliche Großproduktion. Von *) 40 Seiten. 0,20
- 12. „ Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre Regelung. Von Paul Ernst. 36 Seiten. 0,15

II. Serie:

- 1. „ Der Mythos von der Begründung des Deutschen Reiches. Eine historische Skizze. Von Hans Müller. 40 Seiten. 0,15
- 2. „ Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland. Von Gerhard Krause. 32 Seiten. 0,15
- 3. „ Soziale Frage und Bodenverstaatlichung. Von Conrad Schmidt. 32 Seiten. 0,15
- 4. „ Die deutschen Arbeiter und das Gewerbegerichts-Gesetz. Von Max Schippel. 36 Seiten. 0,15
- 5./6. „ Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland. Mit besonderer Berücksichtigung Mittel- und Norddeutschlands. Von Paul Kampffmeyer. 84 Seiten. 0,28
- 7. „ Preussische Volksschul-Zustände. Ein Wort an das Volk und seine Lehrer. Von Hans Müller. 48 Seiten. 0,20
- 8. „ Fort mit dem Dreiklassen-Wahlrecht in Preußen. Von Max Schippel. Zweite Auflage. 35 Seiten. 0,20
- 9. „ Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Schulen des Volkes. Von Hans Müller. 32 S. 0,15
- 10. „ Das Ostende von London. Ein soziales Nachtbild. Von Paul Fischer. Erste Abtheilung. 30 Seiten. 0,15
- 11. „ ———. Zweite Abtheilung. 27 Seiten. 0,15
- 12. „ Die Entwicklung der Geschichtsauffassung bis auf Karl Marx. Von Gerhard Krause. 46 S. 0,20
- 13. „ Die Arbeiterbewegung im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung. Von Gerhard Krause. 38 Seiten. 0,20
- 14. „ Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital. Von Walther May. 40 S. 0,20

III. Serie:

- 1. „ Ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar? Von Paul Kampffmeyer. 28 Seiten. 0,10
- 2. „ Technisch-wirtschaftliche Revolutionen der Gegenwart. Von Max Schippel. 31 Seiten. 0,15
- 3. „ Die deutsche Zuckerindustrie und ihre Subventionirten. Ein Beitrag zur Landtagitation. Von Max Schippel. 30 Seiten. 0,15
- 4. „ Die Prostitution, ihre Ursachen, ihre Folgen und ihre Bekämpfung. Von Dr. D. Lutz-Magdeburg. 38 Seiten. 0,20
- 5. „ Die Kartelle. Von Adolf Braun. 48 Seiten. 0,25

Komplett:

- I. Serie (12 Hefte) M. 1,—, gebunden M. 1,75.
- II. Serie (14 Hefte) M. 1,65, gebunden M. 2,40.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen.
Bei Bestellungen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Posto extra). 400/6

Theater.

Mittwoch, den 25. Januar.
Opernhaus. Bajazzo (Pagliacci).
Vorher: Die Jahreszeiten.
Schauspielhaus. Colberg.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.

Berliner Theater. Urie! Acosta.
Festung-Theater. Heimath.
Wallner-Theater. Paragraf 830.
Der sechste Sinn.
Kroll's Theater. Marie, die Regiments-Tochter.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Residenz-Theater. Gläubiger von Strindberg. Familie Pont-Biquet.
Neues Theater. Durch die Intentions. Kleine Hände.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Fürstin Ninetta.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Der Distanzritt.
National-Theater. König Lear.
Alexanderplatz-Theater. Die Kellnerinnen von Berlin.
Apollon-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 32. Male:
Modernes Babylon.
Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Grass. Musik von G. Stoffaus. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Alemm & Cde . . . Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Mittwoch, den 25. Januar 1893,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Novität! Ein Künstlerfest. Novität!
Große Ausstattungs- und Pantomime vom Hofballmeister **A. Siems.** Mit überraschenden Licht- und Wassereffekten. Auf das Glanzendste in Szene gesetzt vom Direktor **Fr. Renz.** Grosser Blumen-Corso. Ballet von 100 Damen. Außerdem Austr. der sämtl. Künstler-Spezial. I. Rang, sowie Vorführer u. Reiten d. belldress. Freiheits- u. Schulpferde. U. H.: Mr. James Pillis mit dem Schulpferde Germal.
Morgen, Donnerstag, 7 1/4 Uhr: Gr. Vorstellung mit neuem Programm und Ein Künstlerfest.
Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Zavalidentant“, Wartgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
der equilibrist. Kamins-feger. Produktion auf d. freistehenden Leiter.
The Waakwoods, Mephisto-Witt.
preisgelt. Kunst-Had-fahrerinnen
3 Schwest. Borotti, Kunst-Had-fahrerinnen
Happo-Jenny, Jongleur und Equilibrist.
Mlle. Bellona, vorzügl. Instru-mentalistin.
Barium mit seinen wunderbar dress. Riesen-Doggen.
The Lees, unbewachte Momente zweier Negerskaven.
Theod. Bierrath, Pannemann.
Lily Mellini, Silbübische Soubrette.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Avis! Mittwoch, 25. d. Mtz.:
Erstes gr. Masken-Kostüm-Fest.

Passage-Panopticum.
Neu!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.
Feen-Palast
Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Kofal Berlins, 5000 Pers. fassend.
Heute:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Anf. Montag, 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Kasseneröffnung 1 Std. vorher.
Entree 50 Pf.

Castan's Panoptikum.
Tai-za-Wunder.
Geheimnißvollste Seelenwanderung.
Lotosblume.
Fantoche-Theater.
Andere Illusionen.
Sämtlich ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Allen Freunden u. Genossen empfehle mein **Weiß- u. Gairisch-Bier-Kofal.**
Vereinszimmer, auch Kassenlokal zu vergeben.
Otto Schulz,
9955
Frankfurter Allee 107.
Jeden Mittwoch: 1035b
frische Grützwurst.
C. Laeske, Schlächterm., Oranienstr. 2a.

4 grosse Volks-Versammlungen
der
Arbeitslosen Berlins
Mittwoch, 25. Januar,
Vormittags 9 1/2 Uhr.

1. Bock-Brauerei (Tempelhof, Berg).
2. Concordia-Festsäle, Andreasstr. 64.
3. Brauerei Friedrichshain (fr. Lips).
4. Zum Schultheiss (früh. Eiskeller),
Chausseestraße 88.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Berichterstattung der in den letzten Versammlungen gewählten Deputationen über die Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister Zelle und dem Minister für Handel und Gewerbe.
Die Referenten der letzten Versammlungen sind anwesend.
Pflicht aller Arbeitslosen ist es, in diesen Versammlungen zu erscheinen.

Achtung! **Letzter Vortrag** Achtung!
der Frau Zetkin vor ihrer Abreise in der **Grossen Volks-Versammlung**
heute, Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr,
im „Söhnischen Frauhause“, Fandoberger Allee Nr. 11—13.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Frau Zetkin aus Stuttgart über: Die lex Heinze.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten Teller-sammlung.
Frauen werden besonders eingeladen.

Freie Volksbühne.
Am Sonnabend, den 18. Februar, Abends 9 Uhr, findet im **Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstrafen-Gde,** das **1. Winterfest**
statt. Der Haupttheil des Programms besteht in einem **großen Künstlerkonzert,** das von der aus 50 Musikern bestehenden Kapelle des „Konzert-hauses“ unter freundlicher Bewilligung der Herren Meyer und Meding ausgeführt wird. Hauptstücke des Abends sind:
C-moll Symphonie No. 5 Beethoven.
Dance macabre St. Saens.
Zigunerweisen (Geigen solo) Sarasate.
Deklamation:
Brot Freiligrath.
Mischka an der Marosch Lénau.
Die Ausführung der Deklamationen hat Herr Hermann Paris, Mitglied des Viktoria-Theaters, freundlichst übernommen.
Zu diesem Fest sind Billets à 30 Pf. in allen Zahlstellen des Vereins käuflich, doch wird bis zum 5. Februar jedem Mitgliede nur 1 Billet übergeben. Der unterzeichnete bittet die Mitglieder dringend, die Billets bis zu diesem Zeitpunkt zu erwerben, damit der Verkauf geschlossen und jede Ueberfüllung vermieden werden kann.
Nach dem Konzert folgt ein **Ball.**
Die Tanzmusik wird von 25 Mitgliedern der „Freien Vereinigung der Zivil-Musiker“ ausgeführt. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die nächste Vorstellung findet am Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, für die 2. Abtheilung (grüne Karten) im „National-Theater“ statt. Zur Aufführung gelangt:
Andere Beiten,
Schauspiel in 4 Akten von Paul Bader.
Die letzte Generalversammlung hat beschlossen, daß zu jeder Vorstellung nur die Mitglieder der Abtheilung Zutritt haben, für die die Vorstellung bestimmt ist. Die Mitglieder der 2. Abtheilung werden daher dringend gebeten, diese Vorstellung zu besuchen.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
J. H.: Julius Türk, SW., Solmsstr. 24.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 21.

Mittwoch, den 25. Januar 1893.

10. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 24. Januar 1893, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Hanauer.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher wird fortgesetzt.

Abg. Frohme (Soz.): Wucher ist ein Verbrechen wie Diebstahl und Raub, aber ein Wuchergesetz hat nicht den praktischen Wert, den ihm die Regierung und die Konservativen beilegen. Gewiß ist der Sachwucher ebenso strafbar wie der Geldwucher, aber er hat ein viel weiteres Gebiet, als ihm die Vorlage anweist. Sie will auch den bestrafen, der auf ein beliebiges anderes zweifelhafte Rechtsgeschäft sich oder einem Dritten Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den üblichen Zinssfuß überschreiten. Was ist denn unter „anderen Rechtsgeschäften“ zu verstehen? Es kann zum Beispiel der Arbeitsvertrag unter Umständen einen recht wucherischen Charakter dem Arbeiter gegenüber annehmen. Unsere ganze wirtschaftliche Ordnung ist auf der Ausbeutung des Menschen aufgebaut. Ist es denn keine Ausbeutung, wenn im Fall einer ordnungswidrigen Arbeitseinstellung der zu leistende Schadenersatz das Zweifache des durchschnittlichen Tagelohnes betragen soll? Die Strafe steht doch in gar keinem Verhältnis zu dem wirklichen Schaden des Unternehmers. Auch die agrarische Schutzpolitik trägt einen durchaus wucherischen Charakter. Der Kornwucherer ist ein recht gehäßer und verachteter Mensch, aber er hat doch immer noch mit einem Risiko zu rechnen. Viel schlimmer aber sind diejenigen, denen der Gesetzgeber das Privilegium zugesprochen hat, den Preis des Getreides möglichst hoch zu halten um ihres Profitens willen. Der Grund- und Bodengewucher ist die schlimmste Art des Wuchers, die man sich denken kann, denn welche wucherischen Preise erzielt Grund und Boden, besonders in den großen Städten unter Beteiligung der Kommunen und des Staates? Was wollen die paar Tausend Geldwucherer bedeuken gegenüber diesem Grund- und Bodengewucher, der in der verächtlichsten Weise die Wohnungsmieten vertheuert! Hat die Regierung die Absicht, das Gesetz auch auf diesen Sachwucher anzuwenden? Auch der Terminhandel an der Börse hat einen wucherischen Charakter. Nennen Sie ihn doch, wie er sich in Hamburg und anderen Verkehrszentren organisiert hat, Wucher und Sie brauchen gar kein besonderes Botsengesetz zu erlassen. Die Unternehmerrartelle zum Zweck der Preissteigerung sind auch nichts anderes als Wucher. Das Gleiche gilt von dem Lotteriewesen. Der Staat „benutzt“ die Unerschaffenheit und den Leichtsinnum, um den kleinen Mann zum Hazardspiel zu verleiten, und das von Rechts wegen. Die Schloßpreiße Lotterie war daneben noch eine Spekulation auf den „Patriotismus“. Auch die Staatsanleihen geben einer nicht unbedeutlichen Bevölkerung des Volkes weiten Spielraum. Wuchergesetze bewirken das Gegenteil von dem, was sie bewirken sollen, das hat schon Adam Smith gesagt. Nach den Motiven hat das Gesetz von 1880 sehr gute Wirkungen gehabt: warum verschärfte man es denn? Ebenso wie nach jenem, wird sich nach Emanation dieses Gesetzes der Wucher mit Erfolg andere Bahnen suchen und benutzen. Wucherer und Wucherer werden nur vorsichtiger sein. Ich bestritte den Sach der Motive, daß der Hang der Bevölkerung zu übermäßigen Ausgaben den Boden für den Wucher vorbereite. Unsere goldene Jugend, die Vertreterin der Ordnung, ist vielmehr ein wahrer Nährboden. Wenn die Regierung in den Motiven die planmäßige Ausbeutung der Notlage oder wirtschaftlicher Schwäche als moralisch verwerflich als einen Verstoß gegen die Rechtsordnung darstellt, wie kam sie denn vor einigen Tagen dazu, hier im Reichstage jene Vergleute, welche sich eine maßlose Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nicht gefallen lassen wollten, anzuzureifen? Es handelt sich doch in den meisten Fällen um eine Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeitskraft durch den Unternehmer. Sie werden mit Ihren Gesetzen, die das so wenig erschöpfen, was sie treffen sollen, nicht bewirken, daß weite Kreise wirtschaftlich schwer gedrückter Menschen zufriedengestellt und in eine bessere Lage gebracht werden. Der Reichstagler sagte einmal, daß die Regierung bei jedem Gesetzentwurf seinen Einfluß auf die Sozialdemokratie prüfe. Wenn die Regierung das auch bei diesem gethan hat, so haben meine Ausführungen sie hoffentlich belehrt, daß mit einem solchen Gesetzentwurf dem vermeintlich schädlichen Umhängereisen der Sozialdemokratie nicht beizukommen ist. Wir sind mit unseren Rechtsanschauungen denen der Regierung weit voraus! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sittig (Z.): Es ist billig, alle die Forderungen anzustellen, welche der Verredner aufgestellt hat, ohne aber positive Vorschläge zur Verwirklichung dieser Forderungen zu machen. Er tritt gegen die Börse, gegen den Terminhandel, gegen den Miethwucher, gegen die wucherische Wirkung des Arbeitsvertrages auf, aber er zeigt uns nicht den Weg, wie diesen Uebelständen beizukommen ist. Mir gefällt das Retentionsrecht auch nicht, ebenso wenig der Terminhandel, bei dem unzweifelhaft wucherische Geschäfte bedenkltester Art vorkommen. Aber trotz eifrigen Bemühens ist es uns in Jahre langer Arbeit nicht gelungen, gegen die Ausbreitungen der Börse wirksame gesetzliche Vorkehrungen zu treffen. Bringen Sie doch formulierte Entwürfe ein; wir werden uns eingehend und gründlich damit beschäftigen. Der Abg. Horwitz befreit das Bedürfnis der Ergänzung dieser Materie überhaupt; ihm muß die geringe Anzahl der erfolgten Verurteilungen als Stütze dienen. Wir meinen im Gegenteil, daß diese Zahlen, so gering sie sind, doch zeigen, daß das Gesetz gewirkt hat, daß dem geschädigten Rechtsbewußtsein wenigstens in diesen Fällen Genüge geschehen ist. Die neue Vorlage ist der naturgemäße Ausbau des Gesetzes von 1880, indem sie auf die sämtlichen anderen Formen, welche der schlauer gewordene Wucherer für seine Verträge gewählt hat, mit den Strafbestimmungen gegen den Wucher trifft. Die Forderung des Abgeordneten Giese, dem Richter die Ermächtigung zu geben, im Falle konstatirten Wuchers dem Geschädigten eine Buße zuzusprechen, hat bei Herrn Horwitz gar keine Gegenliebe gefunden. Wenn wir eine solche Forderung unterstehen, so denken wir dabei nicht an die Ausbeutung der Leichtsinns, der Unerschaffenheit, sondern an die Ausbeutung der Nothlage des armen Mannes, der Näherin, des kleinen Handwerkers. Diese Ausbeutung muß durch eine Buße gesühnt werden. Ich wünsche also keineswegs, daß in der Kommission wenigstens der Versuch gemacht werde, eine solche Buße zu konstruieren.

Abg. Schrader (Dfr.): Der Abgeordnete v. Wuol hat gestern auch der Rede erwähnt, welche ich bei Gelegenheit der Beratung über die Petition gegen den Wucher im Saargebiet 1888 gehalten habe und daraus gefolgert, daß ich von dem Abgeordneten Horwitz in der Beurteilung der Vorlage abwich. Das ist nicht der Fall. Meine damaligen Ausführungen decken sich mit den Gesetzen des Abgeordneten Horwitz vollständig. Ist das Sachgesetz verklärter Wucher, dann fällt es schon unter das bestehende Gesetz; ein neues wäre also nicht nötig. Welcher Anreiz liegt in der neuen Form, die das Gesetz vorschlägt, für jeden Menschen, der sich über Vortheile glaubt, sich an den Strafrichter zu wenden und das Einschreiten der Gerichte wegen

Wuchers zu verlangen! Daß solche Versuche auch gegenüber dem herzlichsten Geschäftsmanne in Zukunft gemacht werden und mindestens bis zur Einleitung der Untersuchung führen werden, ist zweifellos. Von der Fakultät des Gesetzes werden nicht bloß die Ehelichen, sondern vielmehr die unehelichen Leute Gebrauch machen. Die Worte „gewerbs- und gewohnheitsmäßig“ müssen also in dem § 302a, der auch alle anderen Rechtsgeschäfte unter die Wucherstrafbestimmungen stellt, beseitigt werden, denn die Konsequenz aller solcher Bedingungen ist nur die, daß die Kreise, welche sich mit Geldgebern befassen, immer unsolider und die, welche zum Eingehen solcher Geschäfte gezwungen sind, immer mehr geschöpft werden. Das Gesetz schreibt ferner vor, daß der Gläubiger seinem Schuldner spätestens 3 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres einen Rechnungsausgang zukommen lassen soll. Mit welchem Recht aber setzt das Gesetz auf die Unterlassung einer Strafe von 500 M? Das kann ja den ehrlichen Mann wegen eines einfachen Vergessens ins Gefängnis bringen, wenn er nicht 500 M besitzt. Den Vorschlag des Herrn Giese, dem Strafrichter die Verhängung einer Buße anheim zu geben, können wir nicht billigen; der Strafrichter ist für die Bemessung einer solchen doch nicht die geeignete Instanz. Die Ausführungen des Herrn Frohme sollen doch endlich denjenigen, welche sich wie Herr Giese für die Einmischung des Staates in die Wechselbeziehungen des praktischen Lebens begeistern, zeigen, wohin sie auf diesem Wege kommen. Jeder Schritt auf diesem Wege ist ein Schritt zur Sozialdemokratie. Die Bevölkerung wird durch diese fortgesetzte Bevormundung des Staates notwendigerweise immer unselbständiger und unfähiger zur eigenen Beurteilung dessen, was ihr am meisten fruchtet. Früher hat sogar ein Konservativer, wie Herr v. Heildorff, der ja jetzt bei seinen Freunden allerdings nicht mehr dasselbe Ansehen wie früher genießt, die Zweckmäßigkeit einer solchen Gesetzgebung bezweifelt und dagegen die private, lokale Thätigkeit empfohlen, wie sie von dem Verein gegen den Wucher im Saarrevier erfolgreich ausgeübt worden ist. Sorgen Sie dafür, daß die Vereinbarungen, welche sich zur Bekämpfung des Wuchers und zur Förderung des realen Kredits gebildet haben, unterstützt werden; sorgen Sie für Aufklärung unter den Leuten, schaffen Sie die Möglichkeit, daß sie Buch führen und ein eigenes Urtheil über die Geschäfte, die sie eingehen, gewinnen lernen! Fördern Sie diese Bestrebungen, so werden Sie mehr wirken, als wenn Sie einen ganzen Haufen Gesetzesparagraphen machen. Wir werden Ihnen nächstens das Gesetz über die Berufsvereine, welches auf demselben Gebiete liegt, wieder vorlegen, und wir werden dann ja sehen, ob die Konservativen geneigt sind, auf diesem Wege mit uns gemeinsam an der Bekämpfung des von uns Allen erkannten Uebels mitzuwirken. Die Vorlage aber verworfen wir als unweckmäßig und schädlich. (Beifall links.)

Abg. Schneider-Hamm (nl.): Wir glauben mit dem Vorredner nicht, daß mit der kriminalen Bestrafung des Wuchers der Wucher an der Wurzel gefaßt wird. Wir halten auch wirtschaftliche Aufklärung, Vermehrung und Ausdehnung unserer Kreditinstitute für notwendig. Wir meinen aber: Das eine thun und das andere nicht lassen. Die Einigkeit, welche sich 1879 und 1880 bei Beratung des ersten Wuchergesetzes zeigte, wird auch heute wieder im Reichstage vorhanden sein. Aus der geringen Anzahl von Verurtheilungen läßt sich ebenso wenig ein blühender Schluß ziehen, als aus der relativ geringen Zahl der Verurtheilungen wegen Meineids. Wenn man überhaupt wucherische Ausbeutung strafrechtlich treffen will, darf man vor dem Sachwucher nur dann einhalten, wenn eine Konstruktion, welche das legitime Geschäft unberührt läßt, zu schaffen sich als unmöglich erweist. Der Versuch muß jedenfalls gemacht werden. Das Kriterium der Gewerbs- und Gewohnheitsmäßigkeit scheint mir im Gegensatz zu Herrn Schrader gerade eine erhebliche Erleichterung für die Konstruktion der strafrechtlichen Bestimmung zu sein, welche gefunden werden soll. Wegen die Fassung des letzten Artikels des Gesetzes, welcher die Uebersendung des Rechnungsausgangs vorschreibt, habe ich ein Bedenken insofern, als ich nicht erkennen kann, ob er auch auf die Hypothekendarlehen Anwendung finden kann. Eine Ausnahme darüber wäre sehr erwünscht.

Abg. von Bar (Dfr.) wendet sich hauptsächlich gegen § 302a. Die Möglichkeit, daß jedes beliebige Rechtsgeschäft unter die Wucherbestimmungen gestellt werden kann, bedroht das ganze Geschäftsleben mit den peinlichsten Befähigungen und Erschwerungen und wird schließlich lediglich die allgemeine Demoralisation befördern. Soll etwa ein Hauswirth, der eine Wohnung, die ihm lange Zeit leer gestanden hat, infolge eines glücklichen Zufalls zu einem recht hohen Preise wieder vermietet, deshalb unter das Wuchergesetz fallen? Die Antwort auf diese Frage wird doch kaum zweifelhaft sein. Solcher Fälle und Möglichkeiten gibt es aber unzählige, und wozu wir mit der beschrankten Vorschrift des § 302a auf diese Weise kommen würden, das läßt sich aus dem einen angeführten Beispiel schon ersehen. Die Berufung auf die entsprechende Gesetzgebung einiger ganz kleiner schweizerischer Kantone kann doch für ein großes Reich mit ganz anderen Verhältnissen nicht maßgebend sein. Die Einföhrung solcher Anschauungen in die Praxis kann bei der Bevölkerung nur Verwirrung hervorrufen; es kann davor nur aufs dringendste gewarnt werden.

Abg. Büsing (nl.) befürchtet von dem Artikel 4 eine schwere und unverantwortliche Schädigung des legitimen Geschäftes. Es könne z. B. der Reichsbank gar nicht zugemuthet werden, einen solchen Rechnungsausgang innerhalb der vorgeschriebenen Zeit jedem Kunden zu liefern. Dieser Artikel sei unannehmbar. Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Die erste Lesung ergiebt keine Debatte; die zweite Lesung wird im Plenum stattgefunden.

Der Gesetzentwurf, betreffend den Verrath militärischer Geheimnisse wird ohne Debatte einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Bezüglich der Wahl des Abg. v. Heildorff (7. Marienwerder) wird beschlossen, die Beweisverhandlungen über die in dem Wahlprotokoll behaupteten Wahlbeeinflussungen der preussischen Regierung zur Kenntnisaufnahme und weiteren Veranlassung mitzutheilen.

Die Wahlprüfungs-Kommission hat mit 3 gegen 4 Stimmen beim Plenum beantragt, die Wahl des Abg. v. Reden (H. Hannover) für ungültig zu erklären. In der vorigen Session war die Wahl in der Kommission mit 3 gegen 3 Stimmen für gültig erklärt worden, die Sache war aber nicht mehr an das Plenum gelangt.

Abg. Schneider-Hamm beantragt, die Wahl für gültig zu erklären. Die Wahlprüfungs-Kommission habe dem Wahlanruf des Oberberggraths v. Dettens einen entscheidenden Einfluß auf das Resultat der Wahl beigemessen. Davon könne doch nicht die Rede sein. Zu einer Ungültigkeitserklärung könne man nur kommen, wenn man alle Vergleute als dadurch beeinflusst ansehe, welche in dem Wahlkreise vorhanden sind. Nun unterstehe aber dem Oberberggrath v. Dettens nur das Deister-Bergwerk, nicht auch die Angehörigen der Berginspektion zu Osterwald und der 5 Privatgruben. Auf diese letztere kann doch der Aufruf nicht von Einfluß gewesen sein.

Abg. Schneider-Nordhausen (Dfr.) ist dagegen der Meinung, daß ein Aufruf wie dieser, der die Vergleute unter Hinweis darauf, daß andernfalls ihr Lohn, ihre Unterhaltungsclasse auf dem Spiele ständen, zur Wahl der Ordnungslandtagsausschüsse, in seiner Wirkung von so autoritativer Stelle her geradezu unberechenbar sei und daß schon aus diesem Grunde die Ungültigkeitserklärung zu erfolgen habe. Im Interesse des Wahlrechts und der Wahlfreiheit aller Staatsbürger müsse man sich für die Ungültigkeit aussprechen.

Abg. Dr. Stephan (Z.): Ich kann dem Flugblatte des Herrn v. Dettens doch nicht eine solche Wirkung beimessen. Selbst bei der ungünstigsten Rechnung verbleibt dem Herrn v. Reden noch eine erhebliche Majorität. Ich muß mich demnach für die Gültigkeit der Wahl aussprechen.

Abg. Heine (Soz.): Hier sprechen ganz andere Gesichtspunkte mit, als die einfache Berechnung der Majorität. Was ein Beamter ausspricht, das gilt immer für einen Ausspruch der Regierung, und jeder, der irgendwie von der Regierung abhängt, hat die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, sich danach zu richten. Und in diesem Falle sind es nicht nur die dem Ober-Berggrath direkt unterstehenden Vergleute, sondern alle Vergleute und außerdem noch die vom Bergbetriebe sonst abhängigen Personen, wie Geschäftsleute, Gastwirthe u. dgl. Die Herren mögen sich noch so viel Mühe geben, die Bedeutung des Aufrufs des Ober-Berggraths v. Dettens als harmlos hinzustellen; ein solcher Aufruf, in welchem der oberste Vorgesetzte der Bergarbeiter sagt, jeder für den Sozialdemokraten abgegebene Stimmzettel zerreiße das Band zwischen Arbeitern und Vorgesetzten, vernichte Ruhe, Ordnung, Einigkeit und Kameradschaft, ein Aufruf, der damit droht, daß die braven und besonnenen Vergleute aufgegeben werden sollen, „gegen jene Umstürzler und Heuchler“ muß anders beurteilt werden, als jede sonstige Wahlbeeinflussung. Aber auch abgesehen von diesem Aufruf, sind wunderbare Dinge in jenem Wahlkreise geschehen. Da ist die offene Kontrolle der Mitglieder der Kreisvereine darüber, ob sie auch den reichstreuen Kandidaten gewählt haben, denn diese Kontrolle ist, wie Zeugen eidlich erweisen, ausgeübt worden. Da ist außerdem noch die Wahlbeeinflussung der Arbeitgeber, welche die Arbeiter mit der Bedrohung der Kündigung gezwungen haben, für Herrn v. Reden zu stimmen. Die Kommission war aber, wie der Kommissionsbericht sagt, der Meinung, daß eine Wahlbeeinflussung unter Androhung der Arbeitskündigung nicht als unzulässig zu erachten sei, da es dem Arbeitgeber freigestellt sein müsse, von einer ihm geschichtlich zustehenden Befugnis nach seinem Belieben Gebrauch zu machen.“ Auf Grund dieser Erklärung des Reichstags könnte sich jeder Arbeitgeber das Recht herausnehmen, von seinen Arbeitern zu verlangen: Ihr stimmt so, wie ich will, oder Ihr fliegt hinaus. Wozu haben wir dann noch ein allgemeines Wahlrecht? Ich erlaube Sie, die Ehre des Reichstags dadurch zu retten, daß wir gegen diese Auffassung der Kommission protestiren und die Wahl für ungültig erklären. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. von Strombeck (Z.) spricht sich ebenfalls für die Ungültigkeit der Wahl aus.

Abg. von Marquardsen (nl.): Die Kommission hat seit vielen Jahren in einem Sinne entschieden, der dem jetzigen Antrag der Kommissionsmehrheit entgegen ist. Die Mehrheit der Kommission hat aus 5, die Minderheit aus 4 Stimmen bestanden: 1 Mitglied der Mehrheit hat zudem bei seiner Abstimmung auf Mißverständnis ein falsches Wort abgegeben. Es liegt hier also eigentlich ein Minderheitsbescheid vor. Ich empfehle Ihnen die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Schneider-Nordhausen (Dfr.): Wenn der Abg. Stephan meint, es sei nicht wahrscheinlich, daß wenn das Flugblatt nicht erschienen wäre, der Abg. v. Reden viel weniger Stimmen bekommen hätte, so kommt die Wahrscheinlichkeit hier wenig in Betracht. Die gegenwärtige Wahlprüfungs-Kommission ist übrigens in keiner Weise an die Beschlüsse der vorigen Kommission gebunden.

Abg. Meister (Soz.): Das Zentrum hat heute einen ganz anderen Standpunkt eingenommen als früher. Es muß uns um so mehr wundern, daß in einem Moment, wo das Zentrum Anträge einbringt, welche das Wahlrecht sichern sollen, ein Mitglied dieser Partei derartige mathematische Berechnungen als maßgebend ausstellt. Das Flugblatt ist der geringste gesetzliche Fehler, der gemacht worden ist. Es hatten sich seiner Zeit 46 Personen gemeldet, die eidlich erhartet wollten, ihre Stimmen gegen v. Reden abzugeben zu haben. Aber ehe sie vor Gericht kamen, wurden verschiedene Manipulationen mit ihnen vorgenommen. Sie wurden zum Ortschulzen gerufen, der sie davon abbringen sollte, den Eid abzulegen, und als sie vor den Amtsrichter kamen, sagte ihnen dieser, sie bräuchten keine Auskunft zu geben, weil es sich hier um eine geheime Wahl handele. Was sollten da die armen Leute thun? Der Ober-Berggrath v. Dettens hat in dem ganzen Wahlkreise einen geschicklichen Einfluß ausgeübt. Er hat den Bergarbeitern, die nicht für Reden stimmen würden, mit Entlassung und Entziehung ihrer Invalideengeldder a. f. w. gedroht, auch ihnen gesagt: Kaufen nur bei den Handwerkern, die für Reden stimmen! Ich bin überzeugt, im ganzen Hause ist nicht ein Mandat, was so unrechtmäßig ausgeübt wird, wie das des Herrn v. Reden. Jedes Mitglied unserer Partei würde sich schämen, ein solches Mandat anzunehmen. (Große Unruhe.)

Abg. Stephan (Z.): Nicht aus Freundschaft, sondern aus Gerechtigkeitsgefühl habe ich für die Gültigkeit der Wahl des Abg. v. Reden gestimmt.

Abg. Schneider-Hamm: Wir machen hier keine mathematischen Berechnungen, um die Gültigkeit einer Wahl zu beweisen. Die Reuperungen des Abg. Meister sind beweisklose Behauptungen.

Abg. Singer (Soz.): Ich lege auf das Urtheil eines Mannes, der die Verhältnisse im Wahlkreise kennt, mehr Werth, als der Abg. Schneider. Der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission erzählt uns ja, daß in diesem Wahlkreise noch andere gesetzwidrige Vorkommnisse sich abgespielt haben. So sind z. B. 24 von einer Hand geschriebene Stimmzettel mit Zeichen versehen gewesen, um die Arbeiter, die diese abgaben, für die Arbeitgeber erkenntlich zu machen. Dieser Vorgang ist recht bezeichnend für die Atmosphäre, die in jenem Wahlkreise herrscht. Der Abg. Meister sagte, daß bei dieser Wahl sich die schlimmsten Wahlbeeinflussungen geltend gemacht hätten. Diese Ansicht kann ich nicht theilen. Wir haben uns in kurzer Zeit mit einer Wahl zu beschäftigen, wo Beeinflussungen vorgekommen sind, die an Niederträchtigkeit den vorliegenden nicht nachstehen. Aus den Reuperungen des Abg. Schneider-Hamm spricht die Fraktionsliebe. Es ehrt ihn dieses kameradschaftliche Gefühl. Wenn der Reichstag es aber sich gewinnt, gegenüber derartigen Wahlbeeinflussungen eines ganzen Kreises anders zu antworten als mit der Ratifizierung der Wahl, so verzichtet er überhaupt auf Wahlprüfungen. Ich beantrage namentlich Abstimmung, weil ich einen großen Werth darauf lege, daß die Wähler im Lande wissen, wie ihre Abgeordneten über Wahlfreiheit und Wahlrecht urtheilen.

An der Abstimmung betheiligen sich 179 Mitglieder, von denen 70 mit Ja, 100 mit Nein stimmen. Da zur Beschlußfähigkeit 139 Mitglieder als Mindestzahl gehören, ist das Ergebnis hinfallig. Die Sitzung muß wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses abgebrochen werden.

